

20. 11. 1918

Die Schulden der Wiener Spitäler.**Gefahr eines finanziellen Zusammenbruchs.**

Anlässlich der Uebernahme der politischen Verwaltung hat Landeshauptmann v. Steiner sich unter anderem auch über die Gebarung des Wiener Krankenanstaltenfonds Bericht erstatten lassen, der ergab, daß dieser Fonds vor der Gefahr des vollständigen finanziellen Zusammenbruchs steht. Die Schuldenlast, die im Jahre 1914 vier Millionen Kronen betrug, ist im Verlauf der vier Kriegsjahre auf 50 Millionen Kronen angewachsen, und der Fonds hat, ungeachtet der Erhöhung der Verpflegstare, einen Betriebsabgang, der sich im Laufe des Budgetjahres voraussichtlich auf 10 Millionen Kronen belaufen dürfte. Um den Krankenanstalten die Erfüllung wenigstens der dringendsten Verpflichtungen in der nächsten Zeit zu ermöglichen, soll ihnen ein Vorschuss flüssig gemacht werden.

Die Enquete hat unter Vorsitz des Landeshauptmannes bei der Landesregierung stattgefunden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vertreter des Landesauschusses und der Krankenkassen übten eine scharfe Kritik an der Gebarung des Fonds, deren Kontrolllosigkeit daraus ersichtlich ist, daß die Mitglieder des Krankenanstaltenbeirates von der Aufnahme der Schulden keine Kenntnis erlangten. Sämtliche Redner forderten eine gründliche Reformierung der gesamten Verwaltung, die gesetzliche Regelung der Verpflichtung zur Errichtung und Erhaltung öffentlicher Krankenanstalten und entsprechende Vereinbarungen mit den Nationalstaaten wegen Bedeckung des Aufwandes für die Verpflegung Fremdzuständiger.